

Nächste  
Berliner Rundschau  
am 3. Juni 2006



# Entschuldung Berlins durch Hauptstadtpakt

## Der Spitzenkandidat der CDU Berlin, Friedbert Pflüger, hat einen Hauptstadtpakt zwischen Bund, Ländern und Berlin zur Entschuldung der Stadt gefordert.

Der CDU-Politiker skizziert die gegenwärtige Situation: „Stolz auf die Hauptstadt, gar Liebe zu ihr – wie in Frankreich zu Paris – gibt es viel zu wenig. Das liegt nicht an Berlin, sondern an seiner rot-roten Regierung. Daran müssen wir arbeiten. Es ist die nationale Aufgabe eines künftigen Regierenden Bürgermeisters, die Zuneigung und Solidarität in Bund und Ländern zu Berlin wieder zu wecken und zu fördern. Wir brauchen eine Regierung in Augenhöhe zu den enormen Potentialen Berlins. Berlin kann mehr.“

Unabhängig vom gegenwärtigen Verfahren wegen der maroden Hauptstadtfinanzen vor dem Bundesverfassungsgericht müsse man

mit einem solchen Hauptstadtpakt die Konsolidierung des Haushalts bis Ende des nächsten Jahrzehnts erreichen. Etwa denselben Zeitraum zurückgeblickt nutzt Pflüger, um das Vorurteil zu entkräften, Berlin habe bislang nicht auf die Finanzen geachtet. So sei heute etwa der Stellenbestand im unmittelbaren Landesdienst nur noch bei 63 Prozent des Niveaus von 1991. Die derzeitige Verschuldung von etwa 60 Milliarden Euro sei im wesentlichen auf den „drastischen und viel zu schnellen Abbau der Bundeshilfen“ zurückzuführen, einhergehend mit der Abwanderung von Unternehmen und dem massenhaften Verlust von Arbeitsplätzen. Pflüger benennt außerdem eine fortwährende Belastung Berlins, die Aufgaben, die die sogenannte Hauptstadtfunktion mit sich bringt. Dies betreffe vor allem die Bereiche Personen- und Ob-

jektschutz sowie Kultur. So würden nach anerkannten Gutachten die sicherheitsbedingten Mehrausgaben bei Zahlung von 38 Millionen Euro nur zu 35 Prozent gedeckt und im Bereich Kultur flössen nur 60 Millionen bei einem Zuschussbedarf von 160 Millionen.

Die Vorschläge Berlin wegen der Verschuldung einen Staatskommissar voranzustellen, seien, so Pflüger, zurückzuweisen, aber zugleich ein Alarmsignal, bestätigten doch auch sie das geringe bundesweite Ansehen des amtierenden rot-roten Senats.

Um das gesamte föderale Finanzsystem unabhängig von der Situation Berlins zu reformieren, schlägt der CDU-Spitzenkandidat vor, mehr mit Leistungsanreizen zur Stärkung der Finanz- und Wirtschaftskraft zu arbeiten sowie beim Länderfinanzausgleich nicht mehr die Einwoh-

nerzahl, sondern die jeweilige Wirtschafts- und Steuerkraft als Maßstab zu verwenden. Außerdem müsse es Kriterien ähnlich der Maastrichtkriterien geben und für spätere Hilfen des Bundes müsse ein „Sanierungsvertrag“ zwischen dem betroffenen Land und dem Bund abgeschlossen werden.

Für die Hauptstadt, die Ende Sommer diesen Jahres wählt, gelte, so Friedbert Pflüger: „Nach dem 17. September brauchen wir eine große Anstrengung aller Parteien in Berlin mit dem Ziel, die Bundes- und 15 Landesregierungen – vor allem aber die Bürger unseres Landes – davon zu überzeugen, dass sie ihre Hauptstadt nicht zugrunde gehen lassen dürfen. Im Gegenteil: Berlin muss in zehn Jahren wieder Weltklasse sein. Das ist im Interesse Deutschlands und dafür brauchen wir den Hauptstadt-Pakt.“

INFO-  
COUPON

## Berlin kann mehr - Machen Sie mit!

Vor- und Zuname
Straße
PLZ / Ort
Telefon / Telefax
eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

CDU Berlin  
Wallstraße 14A  
10179 Berlin  
Tel.: 0 30. 32 69 04 -0  
Fax: 0 30. 32 69 04 -44  
eMail: cduberlin@cduberlin.de



www.cduberlin.de